

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion

Holger Köllejan

in der Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, den 19.12.2022

(Freigabe: Montag, 19.12.2022, Beginn der Rede)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Brühl,
sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und am Livestream,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

in den letzten Wochen haben die Brühler Parteien den dritten Haushalt nach der Kommunalwahl 2020 beraten. Somit liegen bis zur nächsten Wahl noch zwei Haushaltsberatungen vor uns. Das ist ein guter Zeitpunkt, eine erste Bilanz zu ziehen und auf das vor uns liegende Haushaltsjahr bzw. generell in die Zukunft zu blicken. Hieß es im Wahlprogramm der SPD vor gut zwei Jahren noch „Weil mehr möglich ist“, müssen wir feststellen, dass in Brühl Stillstand herrscht.

Beim Blick auf die von der Koalition beschlossenen eigenen Anträge und auf die gleichzeitig mit unübertroffener Arroganz und Besserwisseri ablehnten Anträge der CDU lassen sich Heinrich Heines „Nachtgedanken“ umformulieren in „Denk ich an Brühl in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“. Die Politik der Gebots- und Verbotskoalition geht an den Bedürfnissen der Menschen unserer Stadt vorbei. Hierauf gehe ich im Folgenden ein.

Seit 2019 ist bekannt, dass in Brühl inzwischen 15 zusätzliche Kita-Gruppen, also mindestens zwei weitere Kindertagesstätten, benötigt werden, um dem Rechtsanspruch der Eltern auf einen Kita-Platz gerecht zu werden. Für Kinder im Alter von über drei Jahren liegt die zu erfüllende Quote bei rund 100%, bei unter Dreijährigen bei etwa 55%. Geplant werden derzeit eine Übergangs-Kindertagesstätte für die Kita St. Margareta an der Lessingstraße/Römerstraße und die schon 2018 beschlossene Kita im Brühler Süden, die bereits im Jahr 2020/21 in Betrieb gehen sollte. Deren Fertigstellung darf wohl erst 2026 erwartet werden. Das ist deutlich zu wenig; der Wille der Koalition für eine Lösung ist jedoch nicht in Sicht. Die Verhinderung der Sport-Kita (vgl. Niederschrift zur Vorlage 421/2021) im Brühler Westen kann diesen mangelnden Willen kaum besser darstellen.

Gerne wird durch den Bürgermeister und seine rot-grünen KoalitionskollegInnen auf fehlende Flächen für Neubauten hingewiesen. Das alleinige Kaprizieren auf den Flächenmangel ist allerdings weder zutreffend noch zielführend. Im Frühjahr 2022 wurden im Jugendhilfeausschuss und anschließend im Planungsausschuss sieben potenzielle Flächen diskutiert. Statt nun zu handeln und zu einer Lösung zu kommen, wurde die Verwaltung beauftragt, drei weitere Flächen zu prüfen, von denen allenfalls eine Fläche mittelfristig in Frage kommen und zur Problemlösung beitragen kann. Eine der ursprünglichen Flächen

befindet sich nördlich der Freien Evangelischen Kirche an der Alten Bonnstraße. Dort wurde schon 2019 über eine Kita-Fläche nachgedacht. Das Vorhaben scheiterte seinerzeit an den privaten Befindlichkeiten eines ehemaligen Mitglieds der Grünen-Fraktion.

Zu Zeiten des geschätzten Bürgermeisters Kreuzberg wurde das Platzangebot in Brühler Kitas für über und unter Dreijährige stets übererfüllt. Seit 2019 laufen wir diesem Anspruch nun ohne wirkliche Lösungsansätze von Bürgermeister Freytag und seiner Koalition hinterher. Die CDU-Fraktion hat daher die Überplanung der Fläche nördlich der Freien Evangelischen Kirche entlang der Alten Bonnstraße für einen kombinierten Neubau aus Kindertagesstätte und Pflegeeinrichtung unter Beibehaltung des dortigen Baumbestands im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen beantragt. Diesen Antrag lehnte die Koalition mit der omnipräsenten und ihrer Meinung nach alternativlosen Ausrede ab, keine weitere Fläche versiegeln zu wollen, obwohl die zuständige Fachabteilung eben diese Fläche befürwortet.

Das führt weder zu einer Lösung des Problems noch zu neuen Kita- und Pflegeplätzen. Wenn wir diese Einrichtungen benötigen, sind Flächenversiegelungen unausweichlich. Schwebende Kitas ohne Bodenversiegelungen wurden auch außerhalb Brühls bislang noch nicht entdeckt. Im Planungsausschuss, der unlängst getagt hat, wurde die Entscheidung erneut verschoben, um jetzt auch nochmal Empfehlungen des Jugendamts für die potenziellen Flächen zu bekommen, was eine erneute Verzögerung von drei bis vier Monaten nach sich zieht. Wie viele Empfehlungen brauchen Sie denn noch, um endlich mal zu einer überfälligen Entscheidung zu kommen?

Ein vergleichbares Projekt wäre auch in der Innenstadt auf dem Wicke-Gelände möglich. Die CDU-Fraktion beantragte, dort in Kooperation mit Trägern der Altenarbeit eine Einrichtung zu schaffen, mit der das bis 2025 entstehende Defizit von 200 Pflegeplätzen verringert wird. Denkbar ist hier eine Kombination aus Pflegeplätzen, Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen und eben auch einer Kindertagesstätte, deren Umsetzbarkeit der Vorlage für den Planungsausschuss (Vorlage 578/2022) zu entnehmen ist. Die Verwaltung empfiehlt jedoch, zukünftigen Entwicklungen innerstädtischer Areale wie z.B. der Belvedere-Fläche nicht vorzugreifen und daher von dieser Fläche abzusehen.

Die Verwaltung handelt damit gegen einen gültigen Aufstellungsbeschluss und SPD-Kollege Weitz springt stellvertretend für die Koalition auf diesen Zug. Nach langjährigen Bemühungen konnte die Stadt Brühl im Winter 2020 den Ankauf des Wicke-Geländes vollziehen (Vorlage 532/2020). Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen liefen die städtischen Planungen für das gesamte Gelände jedoch schon frühzeitig. Wurde dort bis April 2015 über eine Entwicklung von Einzelhandelsflächen und Parkieranlagen diskutiert, änderte sich diese Planung zu Gunsten von innenstadtnahen Wohnkonzepten insbesondere für ältere MitbürgerInnen. (B.-Plan 03.03.; Vorlage 120/2015). Das scheint dem Kollegen Weitz jedoch nicht bekannt zu sein. Die Kombination aus Kita- und Pflegeplätzen ist an dieser Stelle umsetzbar, wird jedoch

seitens der Koalition ebenfalls verhindert. Wir können demnach festhalten, dass die Entwicklung unserer Kinder und das Wohl älterer sowie pflegebedürftiger Menschen nicht im Fokus der Koalition steht.

Auch in Bezug auf die Schulpolitik gilt bei der Koalition „Ideologie steht über Kinderwohl“. Zunächst möchte ich jedoch festhalten, dass ich für die CDU-Fraktion kein Plädoyer gegen die Schulform Gesamtschule halte. Die Verstärkung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Gesamtschule führt zu einer abgerundeten, gesunden Schullandschaft, in der kein Kind zurückgelassen wird. Bei der Schulpolitik handelt die Koalition jedoch gegen die fachkundigen Empfehlungen aller Brühler Schulleitungen und beharrt auf der Einrichtung einer zweiten Gesamtschule. Die Kommunikation zwischen Koalition, Schulleitungen und Elternvertretern der Stadtschulpflegschaft darf daher als abstrus und äußerst gespannt bezeichnet werden. Die gesamte von SPD und Grünen favorisierte Planung einschließlich des zeitlichen Ablaufs tragen zu der gespannten Situation bei.

Im Antrag der Koalition (Vorl. 214/2022) wird zunächst noch sehr vage von der Einrichtung einer Konzeptentwicklungsgruppe für eine „mögliche zweite Gesamtschule“ gesprochen. Hier wird also ein offenes Verfahren suggeriert. Verräterischer wirkt dann schon, dass in dieser Gruppe bereits über den Schulnamen gesprochen werden soll, also doch schon konkreter werdend. Den Erläuterungen des Antrags ist zu entnehmen, dass (Zitat) „die Konzeptentwicklungsgruppe sich nicht als Gremium versteht, welches die Frage thematisiert, **ob** Brühl eine zweite Gesamtschule bekommt“ (Zitatende). Also noch eine Stufe konkreter? Selbstverständlich wird beschworen, dass das Verfahren transparent gestaltet werden soll und das -ebenso selbstverständlich- nur der Elternwille zählt.

Der Elternwille allerdings wird durch das Vorgehen und die Informationspolitik der Koalition zumindest gesteuert, wenn nicht sogar böswillig manipuliert. Denn zur Informationsveranstaltung am 30.03.2022 mit dem unschuldig klingenden Titel „Weiterentwicklung der Brühler Schullandschaft“ wurde vier Wochen vor der Antragstellung das Vorstandsmitglied der SPD Köln-Rodenkirchen Dagmar Naegele eingeladen, um als ehemalige Gesamtschuldirektorin einen Vortrag zu den Vorzügen der Gesamtschule zu halten. Es ist als schäbiger Marketingtrick zu bewerten, unter dem Vorwand dieses harmlosen Titels möglichst viele Eltern zu dieser Veranstaltung locken zu wollen, um diese dann einseitig und tendenziös ausschließlich über die Schulform Gesamtschule zu informieren. Vertreter der Haupt- und Realschule bzw. des Gymnasiums wurden leider nicht eingeladen.

Transparenz, meine Damen und Herren der Koalition, sieht anders aus und Ihr Vorgehen wirft einen sehr düsteren Schatten auf alle weiteren Veranstaltungen. In Anlehnung an ein Wort Walter Ulbrichts unmittelbar vor dem Mauerbau am 13. August 1961 könnte man anhand Ihres Vorgehens satirisch formulieren: „Niemand hat die Absicht eine zweite Gesamtschule zu errichten!“.

In den folgenden Sitzungen des Schulausschusses führte die beantragte Konzeptentwicklungsgruppe zu kontroversen Diskussionen insbesondere zwischen SPD und Grünen einerseits und den anwesenden Schulleitungen der weiterführenden Schulen sowie der Stadtschulpflegschaft andererseits. Die sehr guten und vernünftigen Argumente der Rektoren Mathias (Clemens-August-Schule), Schulz (Max-Ernst-Gymnasium) und des Stadtschulpflegschaftsvorsitzenden Wächter blieben ungehört. Die Teilnahme an der Konzeptentwicklungsgruppe wurde seitens aller Schulleitungen abgelehnt. Als Kompromiss schlugen diese vor, eine Konzeptentwicklungsgruppe zur Weiterentwicklung der weiterführenden Brühler Schulen einzuberufen, was aber seitens der Koalition zunächst keinen Zuspruch fand, da man offenbar in den eigenen Vorstellungen zu sehr verhaftet schien.

Bezeichnend dafür ist der beleidigt wirkende Antrag der Koalition zum Schulausschuss im November 2022 (Vorlage 511/2022), in dem die personelle Besetzung der Konzeptentwicklungsgruppe geändert oder ggfs. auch um VertreterInnen anderer Gemeinden ergänzt werden soll. Nach dem Motto: „Wenn Du Brühler nicht mit mir spielen willst, suche ich mir andere Spielkameraden von außerhalb“. In der Zwischenzeit wurde nun ein zweiter Workshop „Perspektive Sekundarstufen Brühl“ ins Leben gerufen, an dem die Schulleitungen teilnehmen werden.

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Workshop zu einer echten Alternativen für die Weiterentwicklung der Brühler Schullandschaft oder aufgrund der ideologischen Verbohrtheit der Koalition zum Rohrkrepiierer wird. Die CDU-Fraktion lehnt die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule u.a. ab, weil

1. das dreigliedrige Schulsystem erprobt und in beide Richtungen durchlässig ist
2. die städtische Realschule und Hauptschule spätestens ab der 7. Klasse dringend benötigt werden
3. die Errichtung einer zweiten Gesamtschule die Existenz von Haupt- und Realschule mindestens stark gefährdet
4. Schulsysteme mit ausschließlich Gesamtschulen und Gymnasien - das ist für den Fall einer positiven Entscheidung zu der zweiten Gesamtschule bittere Realität - unvollständige Schulsysteme sind
5. eine weitere Oberstufe lt. OStD Schulz (MEG) zur Kannibalisierung aller Oberstufen führt, da Leistungs- und Grundkurse je Schule nur noch eingeschränkt angeboten werden können.

Die Begründungen der Koalition für eine zweite Gesamtschule sind nicht triftig und in deren Flugblatt mit der Überschrift „Für Elternwille und Bildungsgerechtigkeit“ mangelhaft dargestellt.

Es wird argumentiert, dass die Ursache für die geringen Anmeldezahlen der städtischen Haupt- und Realschule in der gesellschaftlichen Akzeptanz begründet sind. Die Hauptschule sei zu einer (Zitat) „Restschule geworden, an der sich zahlreiche Probleme konzentrieren“ (Zitatende). Diese Aussage wird der sehr guten pädagogischen Arbeit in der Clemens-August-Schule und der noch zuletzt zur Exzellenzschule ernannten Realschule nicht gerecht. Die CDU wertschätzt die Arbeit der Brühler Hauptschule und hat sich im Schulausschuss klar für deren Erhalt ausgesprochen. Diese Erklärung wurde

seitens eines Grünen Ausschussmitglieds mit der stigmatisierenden Zwischenbemerkung gekontert: „Naja, es muss ja auch Müllmänner geben!“. So viel zur gesellschaftlichen Akzeptanz, meine Damen und Herren.

Schon William Shakespeare wusste: „An sich ist nichts weder gut noch böse, das Denken macht es erst dazu!“. Lösungen sind für die Koalition offenbar nachrangig. Das „Plattmachen“ der Haupt- und Realschule ist für Sie das Mittel der Stunde.

Es wird weiter argumentiert, dass an der Gesamtschule 59 Kinder abgelehnt werden mussten. Diese Aussage ist zwar durchaus richtig, lediglich fehlen dabei die Informationen, dass

1. 20 Kinder aus anderen Kommunen stammten, die jeweils eigene Gesamtschulen haben und
2. die Schulempfehlungen der abgelehnten Kinder bis zuletzt nicht bekannt sind. Bei diesen 39 abgelehnten Brühler Kindern kann der erforderliche Drittelmix nicht erreicht werden und das begründet keine weitere Gesamtschule.

Es wird argumentiert, (Zitat) „Schon nach der 4. Klasse wird in NRW gnadenlos selektiert!“ (Zitatende). Dieser martialisch und populistisch formulierte Satz entbehrt nicht einer gewissen Wahrheit. Das Ende einer jeden Reise, ist der Anfang einer neuen.

Diese „gnadenlose Selektion“ beginnt beim Verlassen des behüteten Elternhauses durch Eintritt in die Kita, danach in die Grundschule, die weiterführende Schule, Ausbildung, ggfs. Studium, Berufsleben, Rente und dann in die Ewigkeit. Und dafür gibt es eine Abkürzung: L.E.B.E.N. Das Leben besteht aus Anfängen, Trennungen und Neuanfängen. Das gehört zur Entwicklung und zum Wachsen. Das Leben besteht nun mal nicht ausschließlich aus Wattebäuschen, auf die man weich fällt. Geben Sie den Kindern doch einfach die Chance auf eine individuelle Entwicklung, für die die Brühler Schulen mit allen Lehrerinnen und Lehrern in unserem sehr guten Schulsystem Sorge tragen.

Wenn nun also die Gesamtschule vermeintlich die einzig brillante und bildungsgerechte Schulform darstellen soll, stellt sich die Frage, warum die geschätzten Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition, die die Idee einer zweiten Gesamtschule im Schulausschuss mit Vehemenz vertreten, ihre Kinder an den angeblich sozial segmentierenden erzbischöflichen Schulen und nicht an der Gesamtschule angemeldet haben. Die CDU setzt sich weiterhin für den Erhalt des 3-gliedrigen Schulsystems ein. Wir wollen nicht **eine** Schule für Jeden, sondern für Jeden die **richtige** Schule.

Meine Damen und Herren, das Mittagessen in unseren Schulen ist gut, auskömmlich und für die Eltern auch bei mehreren Schulkindern und damit mehreren gleichzeitigen Schülern bezahlbar. Im Schulausschuss wurde von einer Schulleiterin jedoch dargestellt, dass die Frühstücksdosen der Schülerinnen und Schüler in derzeit wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer leerer werden, in manchen Fällen sogar gänzlich leer sind. Die CDU-Fraktion hat daher beantragt, den im Haushalt vorgesehenen Posten "Zuschuss für das Bio-

Schulesen" in Höhe von 150.000€ umzuwidmen und dafür Sorge zu tragen, dass ein Programm "Jedem Kind ein Frühstück" aufgelegt und ermöglicht wird. Für die Finanzierung sollte der Betrag im Haushalt auf 200.000€ aufgestockt werden.

Dass ein solcher Antrag im Wesentlichen durch Bürgermeister, SPD und Grüne abgelehnt wird, ist schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar. Die Aussage der Schulleiterin wird in Frage gestellt, obwohl der vorgenannte Personenkreis die Aussagen im Schulausschuss gehört hat, und soll nun durch einen langwierigen Prüfungsprozess verifiziert werden. In den Zeiten leerer Geldbörsen und weiterhin steigender Kosten bei den Familien führt ein solcher Prüfungsprozess gewiss nicht dazu, dass die Frühstücksdosen der Kinder kurzfristig auf wundersame Weise gefüllt werden. Wenn die Römer wussten, dass ein voller Bauch nicht gern studiert, gilt das für einen leeren Magen wohl ebenso. Stattdessen lehnen Sie den CDU-Antrag während der Haushaltsberatungen ab und wollen bei entsprechendem Prüfungsergebnis mit außerplanmäßigen Ausgaben operieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, stellen Sie sich einfach vor, es wären Ihre Kinder, die ohne ein stärkendes Frühstück für sechs Unterrichtsstunden in die Schule geschickt werden. Dieses Verhalten ist weder sozial noch solidarisch, sondern verantwortungslos.

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede habe ich erklärt, dass der Klimaschutz für die CDU in Bund, Land, Kreis und Kommune eines der dringendsten Themen unserer Zeit ist. Der nachhaltige Klimaschutz, die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und die energiepolitische Unabhängigkeit von kriegstreibenden und menschenrechtsverachtenden Despoten ist ein vordringliches Ziel. Dennoch gilt es, mit Maß und Mitte statt hektischem Aktionismus vorzugehen. Insbesondere bei der Erzeugung erneuerbarer Energien ist für die CDU die enge Verzahnung mit den Stadtwerken Brühl als Konzerntochter unabdingbar. Dieser Wille ist bei der Koalition nur bedingt erkennbar.

Vor etwa einem Jahr stellte die Koalition bereits den Antrag zur „Umsetzung der Solaroffensive“, um auf den Dächern städtischer Gebäude weitere Photovoltaikanlagen zu installieren. Im Laufe der Beratungen wurde der Ansatz von 1 Mio. € auf 100.000€ reduziert, da die politische Mehrheit angeblich nicht wusste, dass die Stadtwerke mit dem Gebäudemanagement in diesem Thema schon aktiv waren. Für das Haushaltsjahr 2023 setzen SPD und Grüne noch einen drauf und beantragen sagenhafte 1,5 Mio. € für die „Offensive für regenerative Energien“. Was ist das für ein Schlingerkurs. Es ist gewiss richtig, dass es sich „nur“ um investive Ausgaben handelt, die über die Laufzeit abgeschrieben werden, und dass das durch die Stromerzeugung verdiente Geld dem Stadtsäckel guttut.

Wer aber wird die PV-Anlagen installieren? Die Stadt Brühl kann selbst keine Maßnahmen ergreifen und Solaranlagen anbringen bzw. die Stadtwerke unmittelbar beauftragen, da für marktgängige Themen und bei dem zu erwartenden finanziellen Volumen keine internen Vergaben möglich, sondern Ausschreibungen erforderlich sind. Die Stadtwerke hingegen haben einen ordentlichen 7-stelligen Betrag in das Hausaufgabenheft ihres Wirtschaftsplans für den Ausbau der PV-Anlagen geschrieben, der den Antrag der

Koalition sogar nochmals deutlich übertrifft. Sie erreichen damit die Kapazitätsgrenze. Demnach müssen zusätzliche Installationen derartiger Anlagen gemäß Koalitionsantrag an externe Dienstleister vergeben werden, was die CDU als vorsätzliche Schädigung der Stadtwerke bewertet. Ergänzend stellt sich die Frage, welche Anlagen gebaut werden sollen? Es ist hinreichend bekannt, dass PV-Anlagen und vor allem die dafür notwendigen Gleichrichter nahezu ausverkauft sind und sehr lange Lieferfristen haben.

Bei allen frommen Wünschen insbesondere der Grünen, die Ausbaugeschwindigkeit zu erhöhen, gilt nach wie vor der Grundsatz: Gras wächst nicht schneller, wenn man dran zieht. Den Mitgliedern der Koalition im Aufsichtsrat der Stadtwerke muss das ebenso klar wie auch gleichgültig sein. Sie wollen auf Teufel komm´ raus eine höhere Ausbaugeschwindigkeit und verkennen dabei, dass die Einnahmen aus der Energieerzeugung bei den Stadtwerken mindestens ebenso dringend benötigt werden wie bei der Stadt.

Neben dem Ausbau der Busflotte mit Wasserstofftechnik und dem Ausbau erneuerbarer Energien kämpft das Unternehmen beständig gegen die Unwägbarkeiten des Energiemarktes und für die Versorgungssicherheit der Brühlerinnen und Brühler. Sie sind Garant dafür, dass, bildlich gesprochen, der Ofen in unseren Wohnungen und Unternehmen nicht ausgeht. Die zuverlässige Belieferung mit Strom, Gas oder Wärme ist eines der Kernelemente der kommunalen Daseinsvorsorge. Schlussendlich werden auch noch das Brauchtum und Brühler Vereine unterstützt und unter dem Strich soll auch noch ein ordentlicher Gewinn erbracht werden, damit der Kämmerer den städtischen Haushalt alle zwei Jahren vor dem Haushaltssicherungskonzept bewahren kann.

Unter dem Strich ist dieser Antrag ebenso wie sein gleichlautendes Pendant aus der Ratssitzung vom 31.10.2022 (Vorlage 473/2022) jedoch nur ein Plagiat der Strategiepapiere der Stadtwerke Brühl, die diese Themen längst bearbeiten. Der Hintergrund liegt auf der Hand. Seit zwei Jahren regiert in Brühl der Stillstand und mit diesem Antrag soll bei der eigenen Klientel der Eindruck vorgetäuscht werden, dass man Überblick, Konzept und das Heft des Handelns fest in der Hand habe. Die mangelnde Berücksichtigung der Stadtwerke ist für die Koalition wohl nebensächlich. Die CDU ist nicht Ihr Steigbügelhalter und lehnt derartige Praktiken ab.

Den Ausbau der erneuerbaren Energien hingegen unterstützt die CDU sehr und beantragte die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen z.B. auf den Flächen „Unter dem Dorf“ (rund um das Regenrückhaltebecken), zwischen An Hornsgarten und Geildorfer Straße entlang der Bahnlinie 18, am Dreichtenweg zwischen der Linie 18 und dem dort ansässigen Weihnachtsbaumverkauf bis zur K7/Otto-Wels-Straße und im Gewerbegebiet Brühl-Ost nördlich der Rheinstraße entlang der A553. Ziel ist der Ankauf der Flächen durch die Stadt Brühl und deren Vermietung an die Stadtwerke, damit diese den Ausbau der Photovoltaik forcieren können. Im Haushalt werden dafür Prüfkosten in Höhe von 50.000€ und weitere 500.000€ für den Flächenankauf berücksichtigt. So funktioniert der Ausbau gemeinsam mit und nicht gegen

das eigene Tochterunternehmen. Wir freuen uns, dass wir die Koalition mit diesem wichtigen Vorhaben begeistern und deren Zustimmung erhalten konnten.

Gegenwind erhält die Koalition allerdings für die Art und Weise der Planung der Europäischen Mobilitätswoche (kurz: EMW) im Jahr 2023, für deren Durchführung übrigens bislang kein Beschluss gefasst wurde. Der im Januar eingebrachte Antrag bezieht sich auf die EMW des Jahres 2022. Die EMW findet grundsätzlich jährlich in der Zeit vom 16. bis 22. September statt, um in dieser Zeit innovative Verkehrslösungen auszuprobieren oder mit kreativen Ideen für eine nachhaltige Mobilität zu werben.

Zu diesem Zweck können Parkplätze und Straßenräume temporär umgenutzt werden. Wenngleich die CDU dem Vorhaben der einen Mobilitätswoche grundsätzlich positiv gegenübersteht und für das Jahr 2022 zugestimmt hat, verurteilen wir die künstliche Ausweitung inkl. Sperrung des Belvedere-Parkplatzes vom 25. August bis 22. September 2023 für ein bis dato nicht beschlossenes Verkehrsexperiment. Aufgrund der Auf- und Abbauarbeiten verlängert sich die Sperrung sogar auf satte fünf Wochen. Der Aufwand für die EMW lag in der Vergangenheit bei rund 15.000€ und soll nun bei 105.000€ liegen, um auf dem Belvedere einen 4-wöchigen Spielplatz aufzubauen.

Ein solches Experiment mag zwar im Rahmen des Arbeitskreises Mobilitätswende angesprochen worden sein, allerdings ist ein Arbeitskreis kaum beschlussfähig für derartige Maßnahmen. Der Belvedere ist der präferierte Parkplatz für die Besucherinnen und Besucher der nördlichen Innenstadt. Wenn derartige Experimente schon durchgeführt werden müssen, bieten sich dafür Lösungen auf anderen innerstädtischen Plätzen an, exemplarisch auf der Bleiche, dem Franziskanerhof, dem Janshof oder dem Balthasar-Neumann-Platz. Ergänzend dazu wird auf der Homepage der EMW von einzelnen autofreien Tagen gesprochen, nicht vom Lahmlegen der nördlichen Innenstadt. Die CDU hat das Vorgehen der Verwaltung und der Koalition moniert und eine im Ergebnis blutleere Antwort aus dem Fachbereich erhalten:

1. Der Einwand, dass eine 4-wöchige Sperrung des Belvedere mit der EMW nichts gemeinsam hat, sei falsch, wurde uns mitgeteilt. Das Gegenteil wurde nicht bewiesen, stattdessen wurde pauschal erklärt, dass diese Verkehrsexperimente „typisch EMW“ sind. Verkehrsexperimente gehören gewiss zur EMW, aber nicht über einen derart langen Zeitraum, wie die folgenden Beispiele von der Webseite der EMW zeigen:
 - a. Am „Paradiesplatz“ in Lindau wurden 2017 insgesamt **acht öffentliche Stellplätze** unter dem Motto „Paradiesplatz: ein Paradies ohne Parkplätze“ umgewidmet. Bürgerinnen, Bürger, Geschäftsleute und Gewerbetreibende konnten während der ganzen Woche die neu gewonnene Fläche bespielen. Sperrung: 1 Woche
 - b. Frei nach der Devise „Gesperrt für Autos – offen für nachhaltige Mobilität“ ließ in Polen die Stadtverwaltung Breslaus **eine der wichtigsten Straßen im Stadtzentrum einen Tag lang für private Pkw sperren** und temporär begrünen. Sperrung: 1 Tag

- c. Statt der Zweckentfremdung eines innerstädtischen Parkplatzes veranstaltete die Stadt Würzburg zur EMW 2018 das erste Würzburger „Cargobike Race“ – und zwar in bester Lage auf dem Würzburger Marktplatz. Sperrung: 1 Woche

Insofern ist „typisch EMW“ leider eine Falschbehauptung Ihrer Verwaltung, Herr Bürgermeister. Es anscheinend aber Beispiele, wo die EMW sinnvoll umgesetzt wurde.

2. Die CDU hat auf das fehlgeschlagene Verkehrsexperiment in Köln als mahnendes Beispiel hingewiesen. „Der Verkehrsversuch an der Deutzer Freiheit ist klar gescheitert, wenn die ansässigen Unternehmen in einer Einkaufsstraße nach mehreren Monaten Praxis eine derart schlechte Bilanz ziehen“, wird Dr. Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln, zitiert. Die große Mehrheit der an der Deutzer Freiheit ansässigen Unternehmen aus Gastronomie, Handel und Dienstleistungen lehnt die pauschale Sperrung der Straße für den Autoverkehr ab. Das belegt eine Umfrage der IHK Köln (vgl. www.ihk.de/koeln)

Die Stadt Köln ist bedeutend größer als Brühl. Wenn die Bilanz dort nach mehreren Monaten derart schlecht ist, wird der Effekt in Brühl schon nach wenigen Wochen spürbar sein. Eine Einbeziehung Brühler Bürgerinnen, Bürger und Geschäftsleute wie sonst bei Herrn Freytags Stadtpaziergängen oder anderen Bürgerbeteiligungsformaten üblich soll hier anscheinend ausbleiben. Warum wohl?

3. Auch die Schädigung des Wirtschafts- und Tourismusstandorts in der nördlichen Innenstadt wird verwaltungsseitig negiert und auf ein gutes ÖPNV-Angebot in Brühl hingewiesen. Man könne zu Fuß und per Fahrrad gut in die Innenstadt gelangen. Es gibt Car-Sharing sowie mietbare E-Scooter. Auch für den MIV gebe es ausreichend Stellplätze. So die Aussage der Verwaltung!

Die Brühler Bevölkerung besteht nun mal nicht nur aus jungen, beweglichen Menschen ohne Einschränkungen. Der Belvedere ist ein Parkplatz, der an vielen Tagen voll ausgelastet ist. Nutzer sind häufig ältere Menschen, deren Anteil an der Brühler Bevölkerung bei rund 25% liegt, also bei rund 12.000 Menschen. Der Hinweis auf den ÖPNV nutzt vielen älteren Personen nichts. Die Wege zur Haltestation und von der Haltestation zum Ziel sind für viele gebrechliche Menschen zu weit. Hinzu kommt, dass ältere Menschen insbesondere beim Einkaufen nicht unbedingt mit dem Fahrrad fahren können. Und die Nutzung von E-Scootern ohne Befestigungsmöglichkeit für Gehhilfen und Rollatoren kommt wohl eher nicht in Frage. Brühl war über viele Jahre die Stadt der kurzen Wege. Das soll auch so bleiben.

Des Weiteren parken viele Pendler und Besucher der Innenstadt, der Museen, der Geschäfte und des umfangreichen gastronomischen Angebots auf diesem Parkplatz. Für die Besuche bei dort ansässigen Ärzten, insbesondere nach ambulanten Operationen, und Anwälten sind die kurzen Wege sicherlich hilfreich. Ergänzend sind die weiteren Parkieranlagen in der Innenstadt ebenfalls gut bis sehr gut

ausgelastet, d.h. ein Wegfall des Belvedere führt zur Überlastung der restlichen Parkmöglichkeiten und zu umfangreichen Parksuchverkehren. Exakt diese Suchverkehre sollten mit dem Parkraumkonzept aus dem Jahr 2018 vermieden werden. Die Koalition bringt es zum Scheitern.

Interessant ist diesbezüglich die Einlassung der Grünen-Kollegin Simone Holderried. Sie wiegelte die Problematik ab und verwies auf die Diskussionen zur Einführung der Fußgängerzone in den 80er Jahren. Zu diesem Zeitpunkt waren große Teile der Brühler Grünen jedoch nicht in Brühl ansässig. Ob sie sich dazu ein Urteil erlauben können, darf zumindest bezweifelt werden. Nicht bezweifelt werden kann hingegen, dass Einzelhandel und Gastronomie der 80er Jahre keine Corona-Krise, keinen Krieg auf europäischem Boden mit explodierenden Energiekosten und keine Konkurrenz durch den dauerhaft stark boomenden Internethandel zusätzlich zum Tagesgeschäft bewältigen müssen und dabei an ihre Grenzen gelangen.

Während der Haushaltsberatungen jedoch kam das tatsächlich verfolgte Ziel der Koalition recht deutlich zu Tage. Die Koalition will den Belvedere in sehr naher Zukunft überplanen und damit eine wichtige innerstädtische Parkmöglichkeit dauerhaft aus dem Zentrum verbannen. Das Auto wird von den Grünen zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt. „Die Blechkisten“ (O-Ton Frau Holderried) müssten endlich aus der Innenstadt verschwinden. Brühl war und ist für Gäste aus Nachbarkommunen und der Region immer ein beliebtes Ziel, sei es zum Einkaufen, aus kulinarischen oder kulturellen Gründen.

Wer nach Brühl fuhr verlangsamte, schaltete in den zweiten Gang und parkte das Auto. Die Politik der Grünen und ihres Junior-Partners SPD führt dazu, dass man in Zukunft vor Brühl in den vierten Gang schaltet und an Brühl vorbei in die umliegenden Städte und Einkaufszentren fährt. Die Aktivitäten bzgl. des Belvedere wird die CDU sehr kritisch betrachten und unter Einschaltung aller verfügbarer Möglichkeiten versuchen zu verhindern.

Zurecht moniert Frau Holderried jedoch das Parkverhalten auf der Kölnstraße. Der Zustand insbesondere in Bereichen des absoluten und eingeschränkten Halteverbots ist unhaltbar und bedarf einer dringenden Überarbeitung und des konsequenten Eingreifens der Verkehrsüberwachung. Die in den letzten Jahren aufgestockten Stellen in diesem Bereich machen sich bei den Falschparkern auf der Kölnstraße jedenfalls nicht bemerkbar. Eine Reduzierung der dortigen Parkmöglichkeiten auf ein absolutes Minimum, sowie rigoroses Ausstellen von Strafzetteln und bei Bedarf und Möglichkeit das Abschleppen falsch abgestellter Fahrzeuge müssen umgehend umgesetzt werden.

Aber was schert Koalition und Verwaltung schon den Wirtschafts- und Hochschulstandort Brühl. Die Erweiterung der Hochschule des Bundes wurde erfolgreich torpediert. Der Weggang der Europäischen Fachhochschule wurde ebenso einfach zur Kenntnis genommen, wie der Umzug von Nissan Europe nach Wesseling. Der Renault Deutschland AG konnte kein adäquates Grundstück angeboten werden. Ob das

tatsächlich an den verfügbaren Grundstücken lag, ist fraglich und muss hingenommen werden. Der Weggang ist unumstößlich.

Das Eisenwerk krankt angesichts des ab 2035 geltenden Verkaufsverbots von Verbrennungsmotoren. Die Rettung soll durch Hochschulunterstützung im Rahmen einer Bachelorarbeit erfolgen. Eine Bachelorarbeit ist vergleichbar mit dem „Bestehen“ des damaligen Grundstudiums und keine aussagekräftige Forschungsarbeit. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, ob diese Expertise ausreichen wird, steht in den Sternen. Die notwendige Erweiterung des Phantasialands wird von der rot-grünen Koalition trotz der geleisteten Vorarbeit des Landes für die aktuelle Wahlperiode mit einem Moratorium auf Eis gelegt. Langjährig ansässige Unternehmen erholen sich mühsam von der Corona-Krise und dem Preisschock im Energiesektor. Die Ansiedlung neuer, arbeitsplatzschaffender Gewerbebetriebe ist weiterhin nicht in Sicht. Brühl befindet sich in einer Abwärtsspirale. Ein logischer Schritt wäre nun die Senkung der zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen im Haushaltsentwurf. Das Gegenteil ist der Fall.

Gewiss kennen Sie den Spruch „Lächle und denk‘ es könnte schlimmer kommen! Und ich lächelte und es kam schlimmer“. Der von Bürgermeister Freytag und dem Kämmerer aufgestellte Haushaltsentwurf wies zunächst ein Defizit von 20,1 Mio. € aus. Jedoch war dieses hohe Defizit bereits am Tage der Haushaltseinbringung veraltet, da insbesondere der Aufwand für die falsch eingeschätzte Kreisumlage erhöht und die geplanten Einnahmen durch den auf die Kommune entfallenden Anteil der Einkommenssteuer gesenkt werden mussten.

Die daraus folgende erste verwaltungsseitige Fortschreibung erhöhte das Defizit für 2023 bereits auf 25,7 Mio. €. Bei der zweiten verwaltungsseitigen Fortschreibung des Haushalts war auffällig, dass neben einigen anderen Positionen u.a. weitere Personalaufwendungen in Höhe von rund 2 Mio. € zusätzlich zu den ohnehin schon völlig überhöhten Personalkosten veranschlagt wurden, die das Defizit auf zwischenzeitlich 28,9 Mio. € katapultierten.

In diesem Defizit waren die von der Politik abzustimmenden Haushaltsanträge noch nicht enthalten. Durch die im Hauptausschuss abgestimmten Haushaltsanträge, mit denen sich die Koalition das notwendige „Spielgeld“ für die eigenen Anträge besorgt hat, wäre das Defizit vermutlich durch die Schallmauer von 30 Mio. € geschossen. Lediglich durch eine im Nachhinein erhöhte Ausweisung der Gewerbesteuereinnahmen um sage und schreibe 4,2 Mio. € kann der Haushalt genehmigungsfähig gestaltet und das Defizit auf 26,9 Mio. € gesenkt werden. Die Wirtschaftskraft in unserer Stadt schwindet wie bereits dargestellt, und die Gewerbesteuereinnahmen im Haushaltsentwurf werden fingiert erhöht. Zuverlässige und solide Haushaltsplanung liegt hier nicht vor, Herr Bürgermeister! Einen solchen Haushalt lehnt die CDU ab.

Aufgrund der durch die Hintertür in den Haushalt geschlichenen zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 2 Mio. €, die ebenfalls jede seriöse Haushaltsplanung vermissen lassen, und die von der politischen Mehrheit ebenfalls abgelehnten Anträge der CDU zum Stellenplan, verwehren wir diesem die Zustimmung.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danke ich namens meiner Fraktion für die geleistete intensive Arbeit und die Unterstützung rund um den Haushalt 2023. Meinem Team im Fraktionsvorstand und meiner Fraktion danke ich für viele Stunden intensiver Diskussionen und konstruktiver Haushaltsberatungen.

Den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt wünsche ich eine schöne Adventszeit, frohe Festtage und ein gutes und friedvolles Jahr 2023, in dem der unsinnige russische Angriffskrieg ein baldiges Ende finden möge.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Es gilt das gesprochene Wort.